

Dezember 2017

Bildung im Blick »Nr. 23



Liebe Leserinnen und Leser,

„Beruf, Bildung, Integration“ lautete der Titel der diesjährigen, 9. Nürnberger Bildungskonferenz, an der rund 300 Interessierte teilnahmen. Thematisch knüpfte die Veranstaltung an die Vorjahreskonferenz „Bildung für Neuzugewanderte“ an, setzte mit der beruflichen Bildung und der Sprachbildung für Erwachsene jedoch inhaltliche Schwerpunkte und beschränkte sich keineswegs auf die aktuelle Zuwanderung. Im Gegenteil, es standen mit Rali Guemedji und Olcay Alpay bei der Plenumsveranstaltung am Vormittag zwei Menschen auf der Bühne, die seit Jahrzehnten in Nürnberg (und Umgebung) leben und arbeiten. Nicht nur diesbezüglich schien der Veranstaltungsort „Kulturwerkstatt auf AEG“ im von der „Gastarbeiter-Zuwanderung“ der 1960er und 70er Jahre geprägten Nürnberger Westen passend gewählt, auch als Austragungsstätte der Bildungskonferenz eignete sie sich hervorragend. Inhaltlich wurde deutlich, dass Integration in Bildung und Arbeit nur gelingen kann, wenn systematische Zugangswege ins Bildungssystem und flankierende Beratungsstrukturen vorhanden sind, und dass Rechtsicherheit für Zugewanderte, für Bildungseinrichtungen und für Unternehmen eine wesentliche Gelingensbedingung für Bildungsarbeit darstellt.

Dieser Newsletter dokumentiert wieder das gesamte Programm der Bildungskonferenz mit Vortrag, Film, Podiumsdiskussion und Fachforen am Nachmittag.

Ergänzend folgt ein Beitrag über die Oktober-Sitzung des Nürnberger Bildungsbeirats zu verschiedenen Aspekten – darunter die Rückkehr zur neunjährigen Schulzeit – der aktuellen Weiterentwicklung des Gymnasiums in Bayern.

*Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen
das Bildungsbüro der Stadt Nürnberg!*

Dokumentation der 9. Nürnberger Bildungskonferenz

Begrüßung OB Dr. U. Maly	S. 2
Bildung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland Prof. Dr. H. Brücker	S. 2-5
Erfolgreiche Bildungskarrieren R. Guemedji und O. Alpay	S. 5
Fachgespräch R. Holtzwart, U. Saumweber-Meyer, H. Schmoll, M. Sharifi-Neystanak mit Prof. Dr. E. Severing	S. 6-7
Forum 1 Sprache als Grundlage der Berufsbildung Prof. Dr. C. Schroeder, S. Groß, Dr. M. Ecker	S. 8-9
Forum 2 Alternative Wege in den Arbeitsmarkt S. Schiele, Z. König, H. Klembt-Kriegel	S. 10-11
Forum 3 Alphabetisierung und Grundbildung T. Helten, Y. Nitsche, Dr. M. Kohl	S. 12-13
Forum 4 Kompetenzen Zuwanderner erkennen und stärken U. Saumweber-Meyer, A. Vandeven, R. Pröll, T. Rinklake	S. 14-15
Forum 5 Perspektiven für Erwachsene Dr. K. Gsell, S. Graff, H. Rühr, Dr. U. Klimont	S. 16-17
15. Sitzung des Bildungsbeirats Neue Perspektiven für die Gymnasien in Bayern ...	S. 18-20
Vierter Nürnberger Bildungsbericht	S. 20
Impressum	S. 20

Integrationsmythen hinterfragen und passgenaue Angebote entwickeln

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly führte in die 9. Bildungskonferenz ein

Im komplett gefüllten Veranstaltungssaal der Kulturwerkstatt Auf AEG eröffnete Oberbürgermeister Ulrich Maly die neunte Nürnberger Bildungskonferenz an der am 27. November 2017 rund 300 Personen teilnahmen. Zum Start verwies der Oberbürgermeister auf die gute Tradition dieses Treffens der Nürnberger Bildungsszene an „der wissenschaftlichen Bierbank“. Die Bildungskonferenz biete die Möglichkeit der intellektuellen Reflexion und des zwischenmenschlichen und fachlichen Austauschs jenseits des Arbeitsalltags und sei damit eine wichtige Gelegenheit, den eigenen Akku wieder aufzuladen und anschließend mit neuen Ideen und Perspektiven zurück an die Arbeit zu gehen. Dadurch werde es möglich, so Maly, dem Ideal der Aufklärung folgend Probleme zu analysieren, Lösungen zu entwickeln und dann zu handeln - ein Ablauf, der so in der Bildungspolitik nicht immer eingehalten werde.

Der Geist des Ortes der Kulturwerkstatt Auf AEG passe außerordentlich gut zu einer Konferenz mit dem Titel „Beruf, Bildung, Integration“, hätten sich doch die Mythen und Realitäten vergangener Integrationspolitik hier in besonderer Art und Weise gezeigt. Mit der Schließung des Hausgeräteherstellers AEG seien Menschen entlassen worden, die bis zu „30 Jahre Arbeitserfahrung auf dem Buckel hatten“ und dennoch teilweise ein

Deutsch-Sprachniveau aufwiesen, das heutzutage neu zugewanderten Personen schnell aufenthaltsrechtliche Probleme bescheren würde, so Maly ironisch. Damit sei offenbar geworden, dass man die Integrationskraft von Erwerbsarbeit überschätzt habe. Den erhofften Automatismus, dass Integration in Arbeit gesellschaftliche und kulturelle Integration quasi zwangsläufig nach sich ziehe, gebe es nicht. Daran anknüpfend rief Maly mit Blick auf den Verlauf des Konferenztags dazu auf, diese alten Vorstellungen in Frage zu stellen und früher gemachte Fehler nicht zu wiederholen.

Auch die aktuelle Zuwanderungsdebatte sieht Maly teils von Mythen geprägt. So seien die Wahrnehmungen der Fluchtmigration 2015 weit auseinandergeklafft. Einerseits sei von ausschließlich Hochgebildeten die Rede gewesen, die sofort eine Arbeit aufnehmen könnten, andererseits von einer großen Zahl von Analphabeten, die auch langfristig nicht in das deutsche Erwerbssystem integrierbar seien. Wie so oft liege auch hier die Wahrheit zwischen diesen Extremen. Es gehe nun darum, Qualifikationen zu erkennen und anzuerkennen und sich mit dem The-



OB Maly illustrierte anhand der Geschichte des Konferenzortes AEG die mythengeleiteten Fehler vergangener Integrationspolitik.

ma Sprache seriöser und nachhaltiger als früher auseinander zu setzen. In den Fokus sollte nicht zuletzt die Qualität der Angebote rücken. Dabei sei wichtig, dass die Sprachangebote den vielfältigen Lebenssituationen der Zielgruppe und den unterschiedlichen Qualifikationsniveaus Rechnung tragen. Abschließend stellte Maly fest: „Wenn wir uns rational und jenseits der falschen Vorstellungen vergangener Integrationsbemühungen dem Thema mit Sorgfalt zuwenden, dann können wir Bildungsinfrastruktur, unsere Kooperationsnetzwerke und unsere Angebote so ausrichten, dass sie passgenau sind. Gleichzeitig ist zu überlegen, wie wir die Menschen dann dorthin bringen, wo das richtige Angebot für sie ist.“ ■

Bildung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland: Voraussetzungen, Investitionen und Arbeitsmarktfolgen

Hauptvortrag von Prof. Dr. Herbert Brücker, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Nürnberg, Otto-Friedrich-Universität Bamberg und Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt-Universität zu Berlin

Zwei große Migrationstrends, so der Arbeitsmarkt- und Migrationsforscher Herbert Brücker gleich zu Beginn seines Hauptvortrags, verändern Deutschland derzeit: Zum einen die innereuropäische Migrationswanderung nach Deutschland im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in der Europäischen Union, zum anderen der starke Anstieg der globalen Fluchtmigration seit dem Arabischen Frühling. Dabei geht Brücker davon aus, dass erstere perspektivisch abnehmen, die aus Drittstaaten dagegen zunehmen werde. So

oder so führe die Migration zu beträchtlichen Veränderungen der Arbeitsmarkt- und Bildungsstrukturen in Deutschland, denn Migrantinnen und Migranten brächten andere Voraussetzungen in Bildung und Kultur mit. Zeitgleich betonte der Volkswirt Brücker, dass Deutschland von dieser gestiegenen Migration profitiere: „Bei sechs Prozent Wirtschaftswachstum gehen dreieinhalb Prozent auf das Konto der Zuwandernden.“

Aussagekräftige Analysen zur Bildung von Migrantinnen und Migranten

In seinem Vortrag erläuterte Brücker zunächst die Datengrundlage für die statistischen Auswertungen, mittels derer er die Bildungs- und Ausbildungswege von Migrantinnen und Migranten im Herkunftsland sowie in Deutschland aufzeigte. Der Leiter des Forschungsbereichs „Migration, Integration und Internationale Analysen“ am IAB hob hervor, dass nur



Die umfassende Analyse von Prof. Dr. Herbert Brücker macht Handlungsbedarfe deutlich.

„Nur wenn man die Migrationsbiografie versteht, kann man auch die Integration verstehen.“

die Verknüpfung von Register- und Befragungsdaten aussagekräftige Analysen ermögliche: Denn Integration beginne bei allem, was die Migrantinnen und Migranten an Erfahrung mitbrächten.

Polarisierung der Bildungsstruktur

Potenzielle Migrantinnen und Migranten, so Brücker, investierten bereits in ihrem Ursprungsland in Bildung, um überhaupt migrieren zu können. Trotz des globalen Trends zur Höherqualifizierung der Migrantinnen und Migranten ist deren Bildungsniveau in Deutschland aber weiterhin im Durchschnitt geringer als in anderen OECD-Staaten. Als Grund nannte er die Gastarbeiteranwerbung in der Vergangenheit: „Bei uns wurden gezielt geringqualifizierte Arbeitskräfte für die Industrie angeworben.“ Und weiter erläuterte er, in Deutschland läge eine „Polarisierung der Bildungsstruktur“ vor.

„Die Migrantinnen und Migrantinnen investieren hier in Bildung.“

Bedeutet: Unter den neuzugewanderten Personen gibt es einen im Vergleich zur deutschen Bevölkerung überdurchschnittlich hohen Anteil an Hochschulabsolventinnen und -absolventen (dieser lag im Jahr 2014 mit 37 zu 21 Prozent fast doppelt so hoch), gleichzeitig aber auch

einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Menschen ohne Schulabschluss und ohne berufsqualifizierenden Abschluss.

Die Anerkennung von im Ausland erlangten Bildungsabschlüssen zahlt sich aus

Bildungsabschlüsse spielten für die Beschäftigungswahrscheinlichkeit und die Löhne keine so starke Rolle, da ein erheblicher Teil der Migrantinnen und Migranten am deutschen Arbeitsmarkt unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt würde, was die Integration erschwere. Dennoch beantragten insgesamt nur 35 Prozent der Zugewanderten die Anerkennung ihrer im Heimatland erworbenen Abschlüsse – darunter knapp die Hälfte der Zugewanderten mit Hochschulabschlüssen und Abschlüssen in reglementierten Berufen und weniger als ein Drittel derjenigen Personen, die mit Abschlüssen in nicht-reglementierten Berufen nach Deutschland migriert sind.

Im Gegensatz zu im Ausland erworbenen Hochschulabschlüssen zahlten sich berufliche Bildungsabschlüsse in Deutschland hingegen eher nur im geringeren Maße aus, was auch an den restriktiven Handwerksordnungen liege. „Wenn man einen Antrag stellt, ist man aber relativ erfolgreich“, so Brücker und fährt fort:

„Ein großer Teil der Migrantinnen und Migranten am deutschen Arbeitsmarkt ist unter ihrer Qualifikation beschäftigt – das erschwert die Integration natürlich.“

„Die Löhne sowie die Erwerbsbeteiligung steigen nach der Anerkennung im Vergleich zu der Zeit vor der Anerkennungsphase an.“

Das Netzwerk der gleichen ethnischen Gruppe hilft Geringqualifizierten beim Spracherwerb

Das große Problem der Integration sei, so Brücker, wenn die Sprachentwicklung der Zugewanderten nicht nachziehe. Dabei sei es entgegen der landläufigen Meinung nicht so, dass der Rückzug in ein Netzwerk der gleichen ethnischen Gruppe ein Hemmnis beim Deutschspracherwerb darstelle. Im Gegenteil: In der Gruppe der Geringqualifizierten, die auf die Unterstützung ihrer Sprachgruppe bauen können, findet der Deutscherwerb eher statt als bei der gleichen Gruppe ohne Netzwerkunterstützung. Bei den Höherqualifizierten gebe es hingegen kaum Probleme – sie lernen gut und schnell deutsch. Allerdings betonte Brücker auch ein alarmierendes Ergebnis der Studie: 40 Prozent der Migrantinnen und Migranten, die bereits länger als zehn Jahre in Deutschland lebten, könnten noch



Zusammenhänge liefern neue Einblicke für die Zubörerinnen und Zubörer.

immer nicht auf gute oder sehr gute Sprachkenntnisse zurückgreifen. Interessanterweise sei es aber bei der Aufnahme der ersten Erwerbstätigkeit kaum von Bedeutung, ob die Deutschkenntnisse gut oder schlecht seien: „Auch mit schlechten Sprachkenntnissen sind die Migrantinnen und Migranten im Arbeitsmarkt

integriert.“ Allerdings gebe es mit der Verbesserung der Deutschkenntnisse positive Effekte bei Löhnen und Beschäftigungswahrscheinlichkeit.

Die Erfahrung von Krieg und Gewalt während der Flucht „macht etwas mit den Menschen“

Was kennzeichnet nun Fluchtmigration? Krieg oder Verfolgung und keineswegs ökonomische Gründe seien hier die Hauptgründe, so Brücker. Mit 85 Prozent kämen die meisten Geflüchteten aus Syrien, Irak und Afghanistan, mehr als die Hälfte flohen zu Fuß und mit Booten über das Mittelmeer, und ein Teil dieser Menschen erlitt Schiffbruch. Dabei erlebten viele Gewalt, Betrug und auch sexuelle Nötigung. Zudem ist die Fluchtmigration sehr teuer: Im Durchschnitt koste sie 6.000 Euro (30 Prozent davon gingen an die Schlepper) und dauere 40 bis 60 Tage. Brücker ist sich sicher: „Das macht

„Die Aufnahme von Geflüchteten ist primär eine humanitäre, keine ökonomische Frage.“

etwas mit den Menschen!“ Krieg und Verfolgung sowie die Kosten und Risiken der Flucht prägten die soziale und ökonomische Struktur der Geflüchteten.

Flüchtlinge unterscheiden sich von der Durchschnittsbevölkerung in den Heimatländer

Die Ergebnisse von Befragungen zeigten: Geflüchtete verfügen über eine höhere Risikobereitschaft und positive Reziprozität – Eigenschaften, die sich auch positiv auf die Integration auf dem heimischen Arbeitsmarkt auswirken. Negativ wirke in diesem Zusammenhang deren geringes Selbstwertgefühl und geringe Überzeugung, Kontrolle über das eigene Leben zu haben. Ihre religiösen und politischen Überzeugungen sind denen der deutschen Bevölkerung ähnlicher als denen des Herkunftslands. Die Flüchtlinge stammten zumeist aus der Mittelschicht ihrer Länder, 55 Prozent der Asylbewerberinnen und -bewerber sind jünger als 25 Jahre und mehr als 70 Prozent männlich.

Auch bei den erreichten höchsten Abschlüssen der Sekundarschulen und der tertiären Bildung der Geflüchteten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan fällt



auf, dass sie verhältnismäßig häufiger über diese Abschlüsse verfügen als die Menschen in ihren jeweiligen Herkunfts ländern. Bei jenen, die keine Schule besucht hätten oder keinen Schulabschluss vorweisen könnten, handelt es sich aber nicht automatisch um Analphabeten (geschätzt mache dieser Anteil unter den Geflüchteten zehn Prozent aus). Brücker hebt dabei die hohe Bildungsaspirati on der Geflüchteten hervor: Knapp zwei Drittel der Geflüchteten wollten vielleicht

„Die Mehrheit der Geflüchteten will studieren – das muss man bei der Integrationspolitik berücksichtigen.“

oder sicher eine Ausbildung oder ein Hochschulstudium aufnehmen, denn sie wüssten, dass sie sonst Schwierigkeiten bei der Integration in den Arbeitsmarkt haben. Diese Motivation müsse man bei der Integrationspolitik berücksichtigen.

Wo stehen wir bei der Integration von Geflüchteten?

Bei der Beantwortung dieser Fragestellung stellt Brücker zu Anfang klar: „Die Rechtssicherheit ist am wichtigsten für die Integration!“ Denn es zeige sich, je länger das Asylverfahren dauere, desto schwieriger würde die Integration. Geschätzt läge der Anteil der Integrationskursteilnahme bei 70 bis 80 Prozent, aber erst nachdem die Asylverfahren abgeschlossen seien. Die Entwicklung der Sprachkompetenz ginge relativ langsam vonstatten: Nach zwei Jahren in Deutschland könnte knapp ein Drittel der befragten Geflüchteten noch immer schlecht bis gar nicht deutsch. Und wie gelangen Geflüchtete an ihre Jobs? 40 Prozent der Befragten habe den Job über Familienangehörige und Freunde gefunden. Nur 32 Prozent der Befragten über die Arbeitsagentur oder das Jobcenter. Immerhin – früher lag dieser Wert noch schlechter. Weiterhin bescheinigte Brücker, dass die

Jobs, die über die eigenen Netzwerke gefunden würden, mit höheren Löhnen und langfristigeren Arbeitsperspektiven verknüpft seien als jene, die über die Arbeitsagentur oder das Jobcenter vermittelt wurden. Zu konstatieren sei allerdings auch ein starker „Gendergap“: Frauen

„Die Rechtssicherheit ist am wichtigsten für die Integration!“

sind weniger als halb so oft erwerbstätig wie Männer, dies hing häufig auch mit der Betreuung kleiner Kinder zusammen. Insgesamt stiegen die Löhne mit zunehmender Aufenthaltsdauer.

Netzwerke als zentraler Integrationsfaktor

Brücker verwies auch auf starke statistische Befunde, die zeigten, dass die Sprach- und Arbeitsmarktprogramme funktionierten. So steige beispielsweise die Beschäftigungswahrscheinlichkeit nach einem absolvierten ESF-BAMF-Sprachkurs um 30 Prozentpunkte, nach dem Programm Perspektive für Flüchtlinge der Bundesagentur für Arbeit um 16 Prozentpunkte. Eigene Netzwerke von Migrantinnen und Migranten stellten allerdings weiterhin den zentralen Integrationsfaktor dar (und senkten nebenbei noch die sozialen und ökonomischen Kosten der Integration): Sowohl für bürokratische Prozesse, die Wohnungssuche, die Partizipation in Integrationsmaßnahmen als auch die Integration in den Arbeitsmarkt sind diese Netzwerke wesentlich.

Fazit: Der Arbeitsmarkt muss durchlässiger werden!

Abschließend resümierte Brücker seine aus den Daten gewonnenen Erkenntnisse und beschrieb Lösungsansätze für die hiesige Integrationspolitik: Zum einen bei der berufsbegleitenden Sprachförderung, dann bei der gezielten Unterstützung des Erwerbs beruflicher Abschlüsse und von Studienabschlüssen in Deutschland sowie bei der Erleichterung der Berufsanerkennung. Man müsse sich allerdings darüber im Klaren sein, so der Arbeitsmarkt- und Migrationsforscher, dass auch bei einer guten Integrationspolitik die Migration den Arbeitsmarkt in Deutschland verändern wird.

So werden sich vor allem durch die Migrantinnen und Migranten voraussichtlich die Beschäftigungs- und Tätigkeitsstrukturen weiter polarisieren und Beschäftigungszuwächse weiterhin besonders bei Helfer- sowie Spezialisten-Tätigkeiten am höchsten sein. Ob dies ein kurz- oder langfristiger Trend ist, könne man allerdings noch nicht sagen. Des

Weiteren geht Brücker von einer zukünftigen Erosion der Rolle von Bildungszertifikaten in Teilen des Arbeitsmarkts aus. Er appelliert an Politik und Wirtschaft: „Der Arbeitsmarkt muss durchlässiger gestaltet werden!“

Dabei hinge der Erfolg der Integration vom Zusammenspiel zahlreicher Faktoren

ab: der Rechtssicherheit, der Wohnsituation, den Sprachkenntnissen, der Hebung des Bildungspotenzials, den Netzwerken sowie der Arbeitsmarktiintegration. Überall dort müssten Sprachförderung und Integrationsmaßnahmen ansetzen, aber sie müssten divers sein, also verschiedene ethnische Gruppen einschließen. ■

Erfolgreiche Bildungskarrieren – zwei Beispiele

Eigens für die Bildungskonferenz wurden von der Medienwerkstatt Franken zwei kurze Filme gedreht, die erfolgreiche Wege durch das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zum Thema

hatten. Nach der Einspielung der beiden Filmclips unterhielten sich der Unternehmer Olcay Alpay und die Gesundheits- und Krankenpflegerin Rali Guemedji mit zwei Weggefährten, Hildegard Koppen, ehemalige Frauenbeauftragte am Klini-

kum Nürnberg und Rainer Aliochin, Geschäftsführer des AAU e.V., die den Lebensweg der beiden sehr gut kennen.



Rali Guemedji, Klinikum Nürnberg und Verein Fi Bassar

Rali Guemedji kam als 17-jährige Waise aus Togo nach Deutschland. Mit der Hilfe von Ehrenamtlichen schaffte sie den Realschulabschluss und absolvierte eine Ausbildung als Krankenschwester. Seit zehn Jahren arbeitet sie als Gesundheits- und Krankenpflegerin am Klinikum Nürnberg und hat gemeinsam mit Hildegard Koppen den Verein Fi Bassar (www.fibassar.de) aufgebaut, der heute eine Klinikpartnerschaft des Klinikums Nürnberg mit einem Krankenhaus in ihrer ehemaligen Heimat organisiert und sich für Ausbildung und Schulbau in Togo engagiert.



Olcay Alpay, Alpay GmbH

Olcay Alpay ist hier geboren, sein Vater kam als Kind aus der Türkei nach Deutschland. Heute leiten Vater und Sohn gemeinsam einen mittelständischen Natursteinbetrieb in Ottensos und beschäftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus fünf Nationen. Als einer der ersten absolvierte Alpay nach seinem Fachabitur im Jahr 2000 beim Nürnberger Verein Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer (AAU, www.aauev.de) eine Verbundausbildung. Mittlerweile ist er dort im Vorstand aktiv und dient vielen Auszubildenden als Vorbild.

Alpay und Guemedji betonten, dass Sprache die wichtigste Voraussetzung für Integration sei. Zudem seien insbesondere Vorbilder, Toleranz und gezielte Bildungsangebote notwendig, damit alle, die hierher kommen oder hier leben, ihren

individuellen Weg bestmöglich gehen, und ihre Fähigkeiten und Kompetenzen in die Gesellschaft einbringen können.

Die Filme sind zu sehen unter:
www.bildungsbuero.nuernberg.de

Fachgespräch: Chancen und Herausforderungen der Integration von Zuwanderern ins Bildungssystem



In der Zielsetzung einig, bei den Umsetzungswegen zum Teil kontrovers diskutierend: Mitra Sharifi-Neystanak, Ralf Holtzwart, Prof. Dr. Eckart Severing, Heike Schmoll, Uta Saumweber-Meyer (v.l.n.r.)

Integration ist nichts Neues

Mit der Ausgangsfrage, wie Arbeitsmarkttintegration in Deutschland tatsächlich gelingen kann, stieg Moderator Eckart Severing in die Diskussion ein und knüpfte damit unmittelbar an die beiden positiven Beispiele von Rali Guemedji und Olcay Alpay an. Gerade im Lichte einer veränderten Stimmungslage in Deutschland, in der subjektive Verteilungsängste zunehmend eine Rolle spielten, stellt sich, so Severing, diese Frage in besonderer Weise.



Ralf Holtzwart

Für Heike Schmoll, Geschäftsführerin des Nürnberger Haustechnikbetriebs Schmoll + Sohn, der in der rund 50-köpfigen Belegschaft zahlreiche Mitarbeiter aus 18 Nationalitäten beschäftigt – in den letzten Jahren auch Geflüchtete –, ist „Integration nichts Neues“. Um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, bildet der Betrieb aktuell sechs Geflüchtete aus, sieht sich aber hierbei teilweise unverständlich hohen bürokratischen Hürden gegenüber: „Ein 31-jäh-

riger Vater, der bei uns die Ausbildung macht, soll da angeben, wie viele Kilometer sein Vater im Iran mit dem Auto in die Firma fährt.“

Zertifikatsorientierung und unsicherer Rechtsstatus behindern die Arbeitsmarktintegration

Ralf Holtzwart, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, sieht – gerade in Bayern – keine Schwierigkeiten, zugewanderte Menschen mit guter schulischer und beruflicher Bildung aus dem EU-Ausland für den deutschen Arbeitsmarkt „fit zu machen“. Menschen mit Fluchthintergrund haben dagegen zu 80 Prozent keinen verwertbaren beruflichen Abschluss, hier fehle oft das notwendige berufsfachliche Niveau.

So plädierte Holtzwart für einen umfassenden Perspektivwechsel, der von der Zentrierung auf die „gute Ausbildung“, die die Menschen mit den Problemlagen nach der Flucht oft nicht wirklich motiviere, abrückt. Stattdessen sind Qualifizierungsangebote gefragt, die zur Bedarfslage der Menschen passen. Es müsse beschäftigungsnahe und -begleitend versucht werden, die Menschen in die Betriebe zu bringen und dann im Betrieb zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Auch die notwendige berufsbegleitende Sprachförderung sei eine Aufgabe, die nur gemeinsam von den Partnern (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesagentur für Arbeit, Bund, Länder,



Moderator Prof. Dr. Eckart Severing

Städte und Gemeinden) erbracht werden können, indem gute Angebote so miteinander verknüpft werden, „dass wir das Problem des Menschen lösen und nicht unsere Vorstellung von Bildung durchsetzen“.

Uta Saumweber-Meyer, im Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für sprachliche Bildung und Migrationsberatung zuständig, sieht das BAMF in der Pflicht, möglichst schnell – Zielsetzung sind hier zwei Monate – Klarheit über die Bleibeperspektive der Asylbewerberinnen und Asylbewerber herzustellen, um Sicherheit für die weiteren Perspektiven in Aussicht zu stellen. Im Fachgespräch verwies sie darauf, dass die Öffnung der Sprachkurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber „mit guter Bleibeperspektive“ ein großer Erfolg der übergreifenden Zusammenarbeit gewesen seien. Ähnliche Herausforderungen stünden nun bei der Verbindung der Inhalte von Ausbildung, Arbeit und Sprachkurs an.

Ralf Holtzwart bewertete die Unterscheidung von guter und schlechter Bleibeperspektive, der durch die aktuelle Gesetzeslage gemacht würde, als problematisch: Das führe dazu, dass nur die Hälfte aller Geflüchteten in Bayern tatsächlichen Arbeitsmarktzugang besäße. Wenn in Bayern 14 000 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden könnten und gleichzeitig junge Absolventinnen und Absolventen der BerufsinTEGRationsklassen keine Ausbildung beginnen dürfen, zeige sich der Fehlschluss, dass Menschen nicht danach beurteilt würden, was sie beitragen und leisten könnten, sondern nur danach, wo sie herkommen.

Kompetenzen in den Mittelpunkt stellen – berufsbegleitend qualifizieren



Mitra Sharifi-Neystanak

Mitra Sharifi-Neystanak, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns, unterstützte in diesem Zusammenhang das Ziel, Menschen mit ihrer ganzen Biografie und ihren Kompetenzen vollständig wahrzunehmen und sie – wie es ihrer Erfahrung nach leider immer noch zu oft vorkomme – nicht aufgrund fehlender Sprachkenntniss „für dumm“ zu halten. Sie sieht hier große Bedarfe: Beraterinnen und Berater müssen interkulturelle Kenntnisse haben und Instrumente der Kompetenzfeststellung sinnvoll einsetzen können. Die Wertschätzung beziehe sich auch auf die Anerkennung vorhandener Abschlüsse der Migrantinnen und Migranten, denn mit passenden Anschluss- und Anpassungsqualifizierungen gehen weniger Zeit und Ressourcen verloren, als wenn eine komplette Ausbildung absolviert werden müsse. Die Aufgabe sei, „Menschen, die da sind, als Menschen wahrzunehmen; diese bildungs- und arbeitsmotivierten jungen Menschen die vielleicht zum ersten Mal in ihren Leben eine Chance bekommen zu lernen und etwas zu tun“. Dazu forderte Sharifi-



Heike Schmoll

Neystanak einen „Spurwechsel“, der es ermöglicht, bei angemessener beruflicher Qualifikation einen anderen Aufenthaltsstatus als den Asylstatus zu beantragen. Als sinnvolles Instrument sah Ralf Holtzwart in diesem Kontext den hauseigenen Kompetenzcheck „MySkills“ der Arbeitsagentur, der bildgestützt berufliche Kernkompetenzen gut herausfinden könnte, verwies aber gleichzeitig auf Probleme hinsichtlich der Zuständigkeiten im deutschen System.

Die Ausbildungspraxis vor Ort, so Unternehmerin Heike Schmoll, sieht sich für den Beruf des Anlagenmechanikers für Sanitär-/Heizung- und Klimatechnik nochmals anderen Hürden ausgesetzt, denn es existierten kaum sinnvolle Möglichkeiten, über Qualifizierungsmodule oder verkürzte Ausbildungsdauern den Zugang zum Abschluss zu erleichtern. Sie sieht in einer umfassenden Ausbildung von Anfang an ein Qualitätskriterium und damit das entscheidende Merkmal für die Vermeidung einer Helferkarriere. Zudem scheitere ein direkter Einstieg dann meist an den berufsfachlichen Sprachkenntnissen, deren Wichtigkeit oft unterschätzt werde. So forderte Schmoll als Unternehmerin auch deutlich den Willen der Migrantinnen und Migranten ein, sich an geltende Normen im Betrieb anzupassen, und stellte die Motivation, sich die umfangreichen und schwierigen Ausbildungsinhalte drei Jahre lang anzueignen, als grundlegend für eine erfolgreiche Ausbildung dar.

Auch Uta Saumweber-Meyer sieht weitere Bedarfe für berufsbezogene Sprachkurse. Das Sprachniveau B1, das Ziel der Integrationskurse ist, müsse erweitert werden, um gut in den Beruf einsteigen zu können. Für Beschäftigte mit geringen Einkommen brauche es dabei neue Finanzierungsmodelle. Mitra Sharifi-Neystanak wies zum Aspekt der Sprachbildung auf

den Widerspruch hin, dass Unternehmen zwar häufig Sprachdefizite beklagten, gleichzeitig der Belegschaft aber oft auch keine Freistellung ermöglichten. Der Aussage trat Schmoll entgegen, denn die Praxis im eigenen Unternehmen zeige, dass es gehe: Alle Azubis der Firma besuchen einen berufsbegleitenden Sprachkurs.

Diversität als Lernchance für die Stadtgesellschaft

Im zweiten Teil des Fachgesprächs unter Einbeziehung des Publikums im Plenum wurden zusätzliche Handlungsbedarfe deutlich und auch Druck aktiv zu werden verstärkt: Denn, so ein Hinweis aus dem Publikum, strukturelle Hindernisse machten es oft unmöglich, genau auf die Bedarfe der Menschen zu hören und einzugehen. Es brauche daher strukturelle Lösungen, die individuelle Förderung ermöglichen und auch entsprechende Gruppengrößen vorsähen. Hinter vermeintlich mangelnder Motivation stecke meist eine falsche Einstufung der Personen. Die Gesellschaft müsse lernen mit Diversität umzugehen und von Unterschieden zu profitieren. Hier könne zum Beispiel eine größere „Sprachtoleranz“, wie sie zum Beispiel in vereinfachten Berufsschulprüfungen ausprobiert werde, auch deutschsprachigen Schülern zu mehr Erfolg verhelfen. Und trotz vieler positiver pädagogischer Beispiele wurde aus dem Publikum mehrfach auf den rechtlichen Aspekt des unsicheren Bleibestatus und der sich daraus ergebenden mangelnden Teilhabe an Integrationsmaßnahmen für bestimmte Gruppen verwiesen, die die Bildungsarbeit mit den Betroffenen stark beeinträchtigte.

Zusammenfassend hob Moderator Eckart Severing nach einer guten Stunde Diskussion auf der einen Seite das Problem hervor, dass die Gesellschaft von Migrantinnen und Migranten mit unsicherer Bleibe- und Erwerbsperspektive sehr viel Integrationsbemühungen erwarte. Auf der anderen Seite bestehe aber auch die große Chance, nicht in alte Strukturen (Zertifikatskultur, abgeschlossene Arbeitsmärkte und Ständedenken) zurückzufallen, sondern die neuen Lösungen, die durch phantasievolles Zusammenwirken von Behörden und Institutionen entstanden sei, weiterzuentwickeln und damit Arbeitsmarktintegration auf vielfältigen Wegen zu ermöglichen. ■

Sprache als Grundlage der Berufsbildung: Integrationskurse, berufsorientiertes und berufsbegleitendes Lernen

**Referenten: Prof. Dr. Christoph Schroeder, Universität Potsdam, Professur Deutsch als Fremdsprache
Steffen Groß, Managing Director Inlingua Nürnberg, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft internationaler Sprachschulen in Deutschland**

Moderation: Dr. Martin Ecker, Direktor des Bildungszentrums Nürnberg

Wie erfolgreich ist das System der Integrationskurse und der berufsbezogenen Sprachförderung und wo liegen Anknüpfungspunkte für strukturelle Verbesserungen? Diese Fragen gab Martin Ecker dem Forum rund um das Schlüsselthema Sprache als gedanklichen Leitfaden. Angelehnt an Ralf Holzwarts Aussage im vorangegangenen Fachgespräch betonte er, dass es für deren Beantwortung wichtig sei, die Perspektive zu wechseln, weg von der Logik der eigenen Institution hin zum Blickwinkel des lernenden Individuums. Christoph Schroeder näherte sich diesen Fragen zunächst wissenschaftlich, Steffen Groß ergänzte diesen Input mit seinen Erfahrungen aus der Praxis. Anschließend ergab sich eine lebhafte Diskussion, die über die Probleme der Sprachkurspraxis hinausgriff, konstruktive Kritik am Sprachkursystem übte und immer wieder auch gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen des Spracherwerbs themisierte. Seinem Vortrag stellte der Sprachwiss-

zweitens „Gelegenheit“, also die Einbettung des Lernprozesses in eine deutschsprachige Umgebung und drittens „Effizienz“ im Sinne von Lernanforderungen, die an die individuellen Voraussetzungen und Ziele des Lernenden angepasst sind. Mit Blick auf die Praxis der Integrationskurse zeigte sich in den letzten Jahren eine Steigerung des Anteils an Menschen aus dem Nahen Osten, insbesondere aus

aus eigenem Antrieb in die Kurse gingen; in einer zweiten Teilnehmerwelle seien

„Diese Menschen sind einfach anders alphabetisiert.“

viele Verpflichtete gekommen, die entsprechend einer anderen Motivationslage erwartbar geringere Lernerfolge zu verzeichnen hatten.



Prof. Dr. Christoph Schroeder von der Universität Potsdam betonte die Rolle des sozialen Rahmens für einen erfolgreichen Spracherwerb.

senschafter Schroeder das Motto voran: „Nicht Sprache ist der Schlüssel zur Integration, sondern Integration ist der Schlüssel zur Sprache.“ Sprache sei also immer in ihrem jeweiligen sozialen Kontext zu begreifen und zu erlernen. So bilden sich für unterschiedliche soziale Räume spezifische sprachliche Jargons aus, die sich von AlltagsSprache durchaus deutlicher unterscheiden können als berufsspezifische Fachsprache im Sinne eines entsprechenden Spezialvokabulars. Schroeder machte somit deutlich, welch wichtige Rolle die Rahmenbedingungen von Sprachkursen für den Lernerfolg spielen. Als zentrale Faktoren benannte Schroeder erstens „Motivation“ im Sinne einer individuellen Zielsetzung und Selbstwahrnehmung im Lernprozess,

Syrien, dem Irak und dem Iran. Gleichzeitig, so Schroeder, sei unter allen Integrationskursen der Anteil erfolgreicher Kursabschlüsse auf dem Sprachniveau B1 von rund 60 Prozent auf derzeit 51 Prozent gesunken. Schroeder betonte, dass in diesem Zusammenhang relativ hohe Dropout-Zahlen bereits vor dem Abschluss test noch unberücksichtigt seien. Rund ein Drittel breche den Kurs ab, ein weiteres Drittel, das den Kurs abschließt, trete den Test nicht an. Für Steffen Groß von der Sprachschule Inlingua erklärt sich die rückläufige Erfolgsquote der Integrationskurse durch die Anzahl und die Bevölkerungszusammensetzung der Teilnehmerschaft. Seiner Einschätzung nach waren die ersten Jahre des Integrationskursystems geprägt von Menschen, die

Ein weiterer Befund Schroeders war der Anstieg des Anteils der Alphabetisierungskurse auf rund 25 Prozent an allen Integrationskursen. Groß benannte in diesem Zusammenhang die recht neue Herausforderung, die mit der großen Zahl an Personen einhergehe, die nicht in der lateinischen Schrift alphabetisiert sind. Für diese Zielgruppe wurden

die sogenannten Zweitschriftlernkurse eingeführt, für die aber einerseits das hierfür unpassende Konzept der Alphabetisierungskurse übernommen worden sei und die andererseits in der Statistik als Alphabetisierungskurse geführt werden. „Diese Menschen sind keineswegs Analphabeten, sondern sie sind einfach anders alphabetisiert, nämlich arabisch oder kyrillisch.“

Mit Blick auf die berufsbezogenen Deutschkurse verwies Schroeder auf die deutlich geringeren Abbruchquoten, die sich aus einer Evaluation des ESF-BAMF-Programms ergaben, dem ersten bundesweiten System berufsbezogener Sprachkurse, welches Ende 2017 durch ein BAMF-gesteuertes System ersetzt

wird. Laut Groß lasse sich dies aber wiederum durch die Freiwilligkeit der Teilnehmenden erklären. Außerdem gilt es zu beachten, dass die berufsbezogenen Deutschkurse als Anschlussmaßnahme

heiten kommen zu lassen. Mitra Sharifi-Neystanak von der Arbeitsgemeinschaft der Integrationsräte in Bayern gab zu bedenken, dass ein Mehr an curricularer Freiheit nicht mit einer Rückkehr zum

sei – und zwar für die Lernenden wie für die Unternehmen. Allerdings fehle es an Arbeitszeitmodellen, die den daraus erwachsenden Zeiterfordernissen Rechnung tragen ebenso wie an einer Koordinierung zwischen sprachlichem und beruflichem Lernen auf lokaler Ebene. Schroeder verwies in diesem Kontext auf ein Positionspapier des Deutschen Landkreistages, in dem entsprechend die Koordinierung der Integrationskurse als kommunale Kompetenz propagiert wird. In der eingeforderten Kompetenzverlagerung wird die Chance gesehen, Angebote zu schaffen und aufeinander abzustimmen, die in ihrer Gesamtheit genauer auf die regional sehr unterschiedlichen Bedarfs- und Angebotsstrukturen passen als das bei einer bundesweit zentralen Steuerung des Kurssystems möglich ist. Dies gilt insbesondere für die Verknüpfung von Sprachkursen mit anderen, zum Beispiel beruflichen Bildungsgängen. Neben der institutionellen Verzahnung stellt in diesem Zuge die pädagogische Abstimmung zwischen Sprach- und Fachlehrkraft eine langfristige Herausforderung dar. Lehrertandems und die Etablierung von Deutsch als Zweitsprache als Querschnittsthema in Schule und Ausbildung wurden hier als Lösungsansätze genannt.



Steffen Groß, Dr. Martin Ecker und Prof. Dr. Christoph Schroeder (v.l.n.r.)

an den regulären Integrationskurs nur von einem kleinen Teil der Integrationskursteilnehmenden genutzt wird.

Mehr Flexibilität aber keine Rückkehr zum „Projekt-Flickenteppich“

Ein Grund dafür liegt ironischerweise in der zeitlichen Konkurrenz zu beruflichen Tätigkeiten der potenziellen Teilnehmerschaft, wie sich aus der Diskussion ergab. Groß zollte in diesem Zusammenhang seinen Schülerinnen und Schülern großen Respekt dafür, dass sie nach einem vollen Arbeitstag noch die Bereitschaft und Konzentration aufbringen, eine fremde Sprache zu lernen. Einigkeit herrschte im Forum auch über den hohen Druck, der von den multiplen Integrationserfordernissen, ökonomischen Zwängen des Arbeitsmarkts und einem starren Sprachkurssystem auf Lehrende und Lernende wirke. Gleichzeitig fehle es an curricularer Freiheit und an den notwendigen Personalressourcen, um auch individuelle Förderung, wo nötig, zu ermöglichen. Dazu erklärte eine Diskutantin, dass Kursleitungen teilweise schon sehr früh erkennen können, dass Teilnehmende das Lernziel ohne zusätzliche Förderung verfehlen. Sie müssten diese dann aber erst sehenden Auges in der Prüfung scheitern lassen, um sie per Modulwiederholung in den Genuss zusätzlicher Unterrichtsein-

„Projekt-Flickenteppich“ der Zeit vor den Integrationskursen einher gehen dürfen. Die starke Institutionalisierung des Systems an sich von großem Wert. Um die bestehenden Lücken im System zu schließen, seien flexible Maßnahmen in Ergänzung des bestehenden Regelsystems der richtige Weg.

Unterschiedlich bewertet wurde die Frage, ob das Sprachniveau B1 verpflichtendes Lernziel der Integrationskurse sein sollte – unter der Bedingung, dass für das Erreichen dieses Lernziels die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, was beispielsweise die Ressourcen für eine individuelle Förderung einschließt. Einerseits wurde etwa von Schroeder und Gross damit die Hoffnung verbunden, die BAMF-finanzierten Sprachkurse aufzuwerten. Andererseits wurde vonseiten einiger Praktikerinnen und Praktiker der Hinweis geäußert, dass gerade die individuell höchst unterschiedlichen Lebenssituationen ein einheitliches Lernziel kaum zuließen. Themen wie Unterkunft, Krankheit und konkrete Geldsorgen stünden in manchen Lebensphasen einem geordneten Spracherwerb schlicht im Weg.

Die Diskutantinnen und Diskutanten stimmten darin überein, dass eine möglichst frühzeitige und enge Verzahnung des Deutschspracherwerbs mit beruflichen Praxiserfahrungen wünschenswert

Moderator Martin Ecker schloss das Forum mit dem Kompromissvorschlag, dass ein zentral organisierter und einheitlicher Sprachkurs bis A2 eine gute Basis bilden könne für weitere Module, die dann aber in regionaler Verantwortung mit beruflichem Lernen zu verzahnen seien und dementsprechend größere Freiheiten bei der inhaltlichen Ausgestaltung genießen müssten. ■

Forum 2

Alternative Wege in den Arbeitsmarkt: Kompetenzfeststellung, Berufsanerkennung und Anpassungsqualifizierung

Referentinnen und Referenten: Stephan Schiele, Geschäftsführer Tür an Tür Integrationsprojekte

Augsburg, Koordinator IQ-Landesnetzwerk Bayern

Zdenka König, Anerkennungsberaterin der ZAQ Nürnberg im IQ Netzwerk MigraNet

Moderation: Heike Klembt-Kriegel, Geschäftsführerin der IHK FOSA, Nürnberg

Das Anerkennungsgesetz: notwendig, aber nicht hinreichend

Im Forum 2 stand die Frage im Mittelpunkt, wie Verfahren der Berufsanerkennung den Prozess der Arbeitsmarktintegration unterstützen können. Die IHK FOSA, das bundesweite Kompetenzzentrum deutscher Industrie- und Handelskammern zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsabschlüsse, stehe derzeit, so deren Geschäftsführerin und Moderatorin des Fachforums Heike Klembt-Kriegel, sozusagen „am Ende des Anerkennungsverfahrens“. Anknüpfend an den Plenumsvortrag von Herbert Brücker, verwies sie auf die sehr positiven Entwicklungen im Bereich der Anerkennung seit 2015: die Evaluation zeige, dass sich für 80 Prozent der Menschen nach einem Anerkennungsverfahren die

Integration ist, war für Stephan Schiele, Landeskoordinator des Netzwerks MigraNet im Förderprogramm IQ (Integration durch Qualifizierung), dem bundesweiten Netzwerk zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten, bereits im Jahr 2006 klar. Er zeigte zunächst die Historie des Themas anhand der Entwicklung des Netzwerks MigraNet auf, dessen Handlungsschwerpunkte zum einen Anerkennungs- und Qualifizierungsberatungen und zum anderen Qualifizierungsmaßnahmen im Kontext des Anerkennungsgesetzes sind.

Die Grundlage: Kompetenzen systematisch erfassen

Die umfassende Systematik eines Validierungsprozesses, der alle Stufen vom Spracherwerb über die Anerkennung und kompetenzbasierte Qualifizierung mit anschließenden Brückenmaßnahmen umfasst und damit auch den Blick auf informelle Kompetenzen richtet, sei seit 2015 in den Systemen zugunsten einer quantitativen Maßnahmensicht aufgegeben worden.

Schiele stellte in seinem Beitrag Kompetenzanalyseverfahren nach Ziel (ergebnis- oder anforderungsorientiert) und Fokus (subjekt- oder objektorientiert) dar und unterschied die Sonderform der Qualifikationsanalyse. Am konkreten Beispiel einer Köchin aus Ghana wurde deutlich, wie der Gesamtprozess vom Erstkontakt über Beratung, Qualifikationsanalyse mit Arbeitsprobe bis hin zum Anerkennungsbescheid über die volle Gleichwertigkeit im Idealfall abläuft.



Zdenka König, Servicestelle ZAQ berichtet aus der Beratungspraxis.

Situation verbessert habe. Dabei reiche ein Gesetz, wie hier das Berufsqualifizierungsfeststellungsgesetz (BQFG) allein ohne weitere Umsetzungsmaßnahmen aber niemals aus, um Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt real zu ermöglichen.

Dass eine gesetzliche Anerkennungsregelung aber zwingend notwendige Bedingung einer nachhaltigen Arbeitsmarkt-



Moderatorin Heike Klembt-Kriegel

Erfolgreiche Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung: wertschätzend, offen, individuell

Die zweite Referentin des Forums, Zdenka König, die seit Jahren in der „Zentralen Servicestelle zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen in der Metropolregion Nürnberg (ZAQ)“ tätig und damit als Teil des IQ-Landesnetzwerks MigraNet für den fränkischen Raum zuständig ist, berichtete anschließend von ihrer Beratungspraxis vor Ort. In der ZAQ, die im Bildungszentrum der Stadt Nürnberg

„Menschen mit ihrer berufsfachlichen Qualifikation ernst nehmen und mit ihren weiteren Kompetenzen wertzuschätzen ist das Anliegen der Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung.“

verortet ist, finden Menschen mit Berufsabschlüssen aus allen Ländern neutrale und kostenlose Beratung zur Anerkennung, werden bei Bedarf durch das Anerkennungsverfahren begleitet sowie zu Anpassungsmaßnahmen und Nachqualifizierungen beraten.

König zeigte die Verfahrenswege für den Bereich der „reglementierten“ (zum Beispiel im Gesundheits- und Erziehungsbereich) bzw. der „nicht reglementierten Berufe“ (Ausbildungsberufe im dualen System) auf. Die Praxis habe gezeigt, dass es auch bei nichtreglementierten Berufen sinnvoll sei ein Anerkennungsverfahren anzustreben, da es die Chancen auf eine qualifizierte Berufstätigkeit steigere. In erster Linie kommen Frauen (zwei Drittel des Klientels) und Menschen mit akademischer Ausbildung (ebenfalls zwei Drittel) zur ZAQ. Hinsichtlich der Herkunfts länder sind Rumänien, Russland und die Ukraine besonders stark vertreten, klassische „Flucht-Länder“ wie Syrien noch in sehr viel geringerem Umfang. Das Beratungsangebot gilt auch für Personen, die noch im Ausland sind, und Beratung findet auch per Mail statt. Abschlie-



Für Stephan Schiele muss eine systematische Kompetenzanalyse immer am Anfang des Anerkennungsprozesses stehen.

ßend zeigte Stephan Schiele an einem konkreten Fall das Zusammenspiel von Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung auf, das sinnvoll dazu führt, dass Sprachkurse und Qualifizierungsmaßnahmen schon frühzeitig – auch parallel zum formalen Anerkennungsverfahren – beginnen können und der Gesamtprozess der Arbeitsmarktintegration deutlich verkürzt wird. König beurteilte die Tätigkeit des Qualifizierungsberaters unter dem Dach der ZAQ als großen Vorteil im Sinne einer durchgängigen und nachhaltigen Begleitung. Schiele versicherte den Teilnehmenden, dass jede Ausbildung im Handwerk so modularisiert werden kann, dass passgenaue Qualifizierungsblöcke für die Anerkennungssuchenden zur Verfügung gestellt werden könnten.

Anerkennung schafft Wertschätzung

In der nachfolgenden, angeregten Diskussion wurde zunächst die Frage nach Rückmeldungen und Erfolgskriterien der Anerkennungsberatung gestellt.

Hier waren sich die Referentinnen und Referenten mit dem Publikum einig, dass die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung für die vorhandenen Qualifikationen und Kompetenzen der Migrantinnen und Migranten, sowohl im Prozess der Beratung als auch durch das Ergebnis des Bescheids, für die Menschen die wichtigsten Faktoren sind.

Die IAB-SOEP-BAMF-Analyse (siehe Vortrag Herbert Brücker) weist zwei positive Effekte nach: Personen mit vollwertiger Anerkennung verdienen deutlich besser und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen insgesamt enorm an. Beraterinnen und Berater (von IHK und Trägern) im Publikum verwiesen darauf, dass gerade auch die „Teilweise-Anerkennung“ Transparenz für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ermögliche.

Im Forum wurden als konkrete Handlungsbedarfe zum einen ein Verfahren für die nicht reglementierten Berufe, für die bisher die reine Zeugnisbewertung eher „wertlos“ war, benannt; zum anderen eine unaufwändige Kompetenzfeststellung mit Prüfungen im Nahbereich für die Handwerksberufe.

Die Teilnehmenden berichteten zudem von Fällen im Bereich der beruflichen Anerkennung, bei denen restriktive Handhabungen der Ausländerbehörden hinsichtlich der Beschäftigungserlaubnis nicht zielführend seien. Sie sahen eine große Gefahr darin, Menschen mit der Einstufung einer mangelnden „Bleibeperspektive“ aus den Anerkennungs- und Integrationsprozessen auszuschließen. Neben der Ausnutzung individueller Spielräume brauche es hier auch Nachbesserungen in der Gesetzeslage, um echte Perspektiven zur Arbeitsmarktintegration zu schaffen.

Kulturwerkstatt Auf AEG bewährte sich als Veranstaltungsort



Funktionale Räume und ein lichtdurchflutetes Foyer eigneten sich gut für die Bildungskonferenz. Im Bild auch das Organisationsteam mit Auszubildenden der Stadt Nürnberg.

Alphabetisierung und Grundbildung: Voraussetzung für berufliche Integration

Referentinnen und Referenten: Timm Helten, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB),

Koordinierungsstelle Dekade für Alphabetisierung

Yvonne Nitsche, ABCplus, Technische Akademie für berufliche Bildung Schwäbisch Gmünd e.V.

Moderation: Dr. Matthias Kohl, Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb)

Alphabetisierung und Grundbildung, so betonte Moderator Matthias Kohl gleich zu Beginn des Fachforums, sei kein Thema, das auf Migrantinnen und Migranten beziehungsweise Geflüchtete be-



Moderator Dr. Matthias Kohl

schränkt wäre, denn für viele Menschen in Deutschland ist das Thema relevant. Entsprechend wurde im folgenden Fachaustausch eine breite Perspektive eingenommen.

Die Dekade der Alphabetisierung

Einführend erläuterte Timm Helten die bildungspolitische Initiative „Dekade der Alphabetisierung“ (2016 – 2026) bei dem sich Bund, Länder und gesellschaftlich relevante Akteure vereint und sich zum Ziel gesetzt haben, innerhalb der nächsten zehn Jahre den sogenannten funktionalen Analphabetismus in Deutschland zu verringern. Folglich wurden seither bundesweit Projekte durchgeführt, die das Grundbildungsniveau von Erwachsenen erhöhen sollen. Die Koordinierungsstelle der Dekade ist beim Bundesinstitut für Berufsbildung angesiedelt.

Funktionaler Analphabetismus meint, so Helten, dass Erwachsene kurze Sätze zwar lesen und schreiben können, jedoch Mühe haben, einen zusammenhängenden Text zu verstehen. Die leo - Level One Studie von 2012 zeigte auf, dass jeder siebte Erwachsene in Deutschland,

das entspricht etwa 7,5 Millionen Menschen, nicht richtig lesen und schreiben können und somit funktionale Analphabetinnen und Analphabeten sind. Alle Personen, die an der Studie teilnahmen, sprachen und verstanden die deutsche Sprache (58,1 Prozent als Muttersprache). Bezogen auf alle Erwerbstätigen in Deutschland können 12 Prozent nicht richtig lesen und schreiben (58 Prozent der funktionalen Analphabeten/-innen) und üben geringqualifizierte Hilfstätigkeiten aus, beispielsweise Bauhilfsarbeiter, Reinigungskräfte, Gastronomieangestellte oder Küchenhilfen. Betroffen seien mehr Männer als Frauen und ältere Personen.

Helten ging auch darauf ein, dass der funktionale Analphabetismus unter Kolleginnen und Kollegen gar nicht so sehr tabuisiert sei wie zuvor angenommen wurde. Sowohl bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als auch bei Arbeitgebern würden neben Soft-Skills wie zum Beispiel Problemlösekompetenz und Teamfähigkeit, die Kulturtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens in der Arbeitswelt vorausgesetzt. Die Ergebnisse der Studie wurden daher auch zum Anlass

„Ohne Lesen und Schreiben kommen Sie im Job o.k. zurecht (...), aber Lesen und Schreiben sind eben auch Voraussetzungen, um im Job erfolgreich zu sein und auch gut zu arbeiten.“

genommen, um gezielt arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildungprojekte durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zu fördern. Zur Grundbildung zählen soziale, gesundheitliche, finanzielle oder auch digitale Themen.



Timm Helten stellte die Dekade der Alphabetisierung vor.

Ziele der Dekade sind unter anderem Aufklärungsarbeit leisten, die Öffentlichkeit sensibilisieren und die Enttabuisierung vorantreiben sowie Betroffene zum Lernen zu motivieren. Allen Projekten ist gleich, dass sie die Personalverantwortlichen in Unternehmen wie auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für das Thema sensibilisieren, Mentinnen und Mentoren als direkte Ansprechpersonen in Betrieben ausbilden, passgenaue Grundbildungsmaßnahmen durchführen sowie für einen Transfer dieser Maßnahmen sorgen möchten.

Derzeit sei es eine Herausforderung, so Helten, die Finanzierung der Maßnahmen zu sichern und Grundbildung als Bestandteil betrieblicher Weiterbildung zu etablieren.

Weniger arbeitsplatzorientiert, aber dafür auf lebensweltorientierte Alphabetisierung fokussiert, seien 20 Modellprojekte, die aktuell für die nächsten drei Jahre vom Bund gefördert werden können. Das übergeordnete Ziel der neuen Förderrichtlinie sei zum einen Multiplikatoren zu sensibilisieren wie auch sozialräumliche Angebote, beispielsweise durch mobile Maßnahmen in den Stadtteilen zu initiieren. Zum Ende seines Vortrags betonte

Helten noch einmal, dass die Geflüchteten zwar unbedingt mit in den Blick genommen werden sollen, dass es für diese Personengruppe aber bereits jetzt schon mehr Angebote gebe als für die deutschsprachigen Betroffenen. Wichtig sei es hier auch immer, die Betroffenen und Lernenden selbst mit in Projektplanungen und auch in die Überlegungen zur Öffentlichkeitsarbeit mit einzubeziehen.

Sensibilisierung und Arbeitsplatzorientierung

Yvonne Nitsche von der Technischen Akademie für berufliche Bildung Schwäbisch Gmünd stellte im Anschluss ABCplus (Arbeit - Bildung - Chancen) vor, eines der seit 2012 geförderten Projekte des BMBF für arbeitsplatzorientierte Grundbildung und Alphabetisierung. Ziel des Projekts ist es, Schulungsprogramme zur Alphabetisierung und Grundbildung vor Ort in großen wie kleinen Unternehmen zu initiieren und zu etablieren. Weiter werden Grundbildungskurse für Asylbewerberinnen und -bewerber in Ausbildung und unterschiedliche Schulungen für Mitarbeitende in den Unternehmen, insbesondere auch für Führungskräfte, angeboten. Die Sensibilisierung aller Schlüsselgruppen eines Unternehmens, der Betroffenen selbst sowie der externen Partner (Kammern, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen, Jobcentern oder Krankenkassen) muss dabei immer an erster Stelle stehen. Kooperationen mit bereits existierenden Anbietern von Alphabetisierungskursen vor Ort sind dabei überaus wirkungsvoll.

Nitsche berichtete, dass es entscheidend, aber auch sehr schwierig sei, die Personen mit Personalentwicklungsverantwortung zu erreichen. Hier jedoch setzt Nitsche auf die sogenannte DIN Norm „DIN EN ISO 9001:2015“, die großen Wert auf Sicherheits-, Risiko- und Wissensmanagement in Betrieben legt. Mit Hilfe dieser Norm könnten Unternehmen, gerade im Hinblick auf bevorstehende und regel-

mäßige Zertifizierungen oftmals von der Notwendigkeit und den vielen Vorteilen solcher Grundbildungsmaßnahmen überzeugt werden.

Für das erfolgreiche Gelingen der Maßnahmen sei die arbeitsplatzbezogene und niedrigschwellige Projektdurchführung entscheidend, das heißt, es müssen nicht nur die jeweiligen Lernbedarfe ermittelt, sondern auch Arbeitszeiten, Gruppengröße und -heterogenität berücksichtigt werden. Neben der Alphabetisierung werden auch verstärkt digitale Kompetenzen, IT-Kenntnisse, Rechnen und andere Grundbildungskompetenzen zum Lernen angeboten. Die Dozentinnen und Dozenten arbeiteten im höchsten Maße an der jeweiligen individuellen Betreuung ihrer Lerngruppen. Hierzu gehören beispielsweise auch der Gang in die Unternehmen selbst, um sich einen Eindruck des Arbeitsumfelds der Lernenden



Yvonne Nitsche berichtete den Teilnehmenden aus der Bildungspraxis in Betrieben.

zu verschaffen. Die Vertrauensbasis zwischen Lernenden und Lehrenden sei für die intensive Zusammenarbeit essentiell.

„Wir kümmern uns eben um all die, die man in der Vergangenheit vergessen hat!“

Nitsche führt an, dass viele der Teilnehmenden in den Kursen Deutsch als Muttersprache haben, es aber immer häufiger dazu kommt, dass Mittelschulen auch Schülerinnen und Schüler trotz Analphabetismus mit einem Abschluss entlassen. „Das Problem wird nicht kleiner sondern größer“ betont sie. Ein großer Fokus liegt auf den Teilnehmenden, die zum Teil

schon seit zwei oder drei Jahrzehnten in Deutschland leben und arbeiten, aber weder der Sprache noch der Schrift mächtig sind. Im Gegensatz zu heute gab es damals keine speziellen Integrations- beziehungsweise Deutschkurse, die diese Leute wahrnehmen hätten können, erklärte Nitsche. Im Zuge des Fachkräftemangels, gerade in Handwerksberufen, spielten heute Alphabetisierungskurse aber noch weiterhin eine wichtige Rolle für Arbeitnehmerinnen und -nehmer aus dem europäischen Wirtschaftsraum. Hinzu kommen die Lernenden, die als Geflüchtete nach Deutschland kommen und oft auch in ihrer eigenen Muttersprache nicht alphabetisiert sind.

Die Erfolgsquote der Kurse sei generell sehr hoch – Abbrüche wären in der Regel nicht mangelnder Motivation geschuldet, sondern der mangelnden Vereinbarkeit mit der Familie. Weiterhin sei ein häufiger Grund, dass Zeitarbeitsverträge von Teilnehmenden auslaufen – eine Demotivation auch für das Weiterlernen. Ein zentrales Anliegen ist es daher, in jedem Kurs dafür zu sorgen, dass die Teilnehmenden bei einer Entlassung zumindest einen aktuellen Lebenslauf vorweisen könnten, um sich umgehend neu zu bewerben. Das hehre Ziel, so Nitsche, ist es aber, die Teilnehmenden nach den absolvierten Kursen aus der Zeitarbeit heraus in Festanstellung zu bekommen. Bei allen Kursen wurde bisher bei den Lernenden deutlich, dass ihr Interesse am eigenen Beruf deutlich gesteigert werden konnte, dass sich die Arbeitsmotivation erhöhte und dass das neue Selbstbewusstsein zu positiven Entwicklungen im Beruf führe – „sie trauen sich einfach mehr zu“ so Nitsche. Die Nachhaltigkeit zeigt sich dann auch in den Unternehmen durch eine gesteigerte Qualität der Arbeit und höhere Kundenzufriedenheit. ■

Weiterführende Informationen zur AlphaDekade:
www.alphadekade.de

An der 9. Nürnberger Bildungskonferenz beteiligten sich Fachleute aus allen Bildungsbereichen.



Expertinnen und Experten aus den Bildungsbereichen (zum Beispiel Kammern, Berufliche Schulen, Bildungsträger) nutzen die Bildungskonferenz für den intensiven fachlichen Austausch.

Forum 4

Kompetenzen Zuwandernder erkennen und stärken

Referentinnen: Uta Saumweber-Meyer, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Anja Vandeven, Noris-Arbeit (NOA) gGmbH

Einführung: Reiner Prölß, Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg

Moderation: Thomas Rinklake, Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg

Wie Integration gelingen kann, indem Kompetenzen von Zuwanderinnen und Zuwanderern erkannt und gestärkt werden, war die zentrale Frage in Forum 4. Zunächst gab Moderator Thomas Rinklake vom Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg einen Einblick in die Vielfalt der Kompetenzfeststellungsverfahren und benannte dabei auch verschiedene Studien zum Thema.

„Wir sind auf dem besten Weg, das Projekt Integration in den Sand zu setzen.“

Sozialreferent Reiner Prölß begann seine Einführung mit einem Paukenschlag, indem er die derzeitige Integrationspolitik in Frage stellte: „Wir sind auf dem besten Weg, das Projekt Integration in den Sand zu setzen“. Aus der Perspektive eines Sozial- und Kommunalpolitikers stellte er sodann sieben Thesen zur Diskussion:

Erstens: Trotz starken Engagements vieler verschiedener Akteure gebe es keine systematische Steuerung und keine koordinierten Netzwerkstrukturen. In Deutschland fehle eine kohärente Integrationspolitik, die auch die Situation in den Kommunen berücksichtigt, denn Integration finde vor Ort statt.

Zweitens: Die Bereitschaft von Flüchtlingen sich zu engagieren nehme ab, je länger sie zum Nichtstun verdammt seien, während gleichzeitig ihre Akzeptanz beim Rest der Bevölkerung zurückgehe: Geflüchtete, die vor den Gemeinschaftsunterkünften sitzen und nichts tun, seien vielen suspekt. Denn die Bevölkerung wisse oft nicht, dass die Bundespolitik mit dem Konstrukt der „Bleibeperspektive“ ein Zweiklassensystem etabliert hat, das einen Teil der geflüchteten Menschen von Bildung und Teilhabe ausschließt.

Drittens: Insbesondere in der Migrationsberatung sowie bei Sprach- und Integrationskursen seien eine Vielzahl



Reiner Prölß legt den Finger in die Wunde und vermisst strukturelle Verbesserungen in der Integrationspolitik.

von Trägern in der Stadt ohne zentrale Steuerung und Verbindlichkeit aktiv. Die unterschiedlichen Fördergeber (BAMF, BMFSFJ, Land etc.) bändigen die Kommunen aber nicht in ihre Planungen ein.

Viertens: Sprach- und Integrationskurse seien strukturell falsch angelegt. Kammern und Unternehmen berichteten, dass viele Zugewanderte zwar die Sprachprüfung erfolgreich bestanden hätten, aber dennoch die Vorschriften für Arbeits- und Sicherheitsmaßnahmen nicht verstehen könnten. Prölß forderte im Bereich der sprachlichen und kulturellen Bildung ein System der staatlichen Verantwortung, wie es die Schulpflicht darstelle. Auch hier müsse die Kommune mit einbezogen sein.

Fünftens: „Was ist mit den Menschen, denen wir keine gute Bleibeperspektive zugestehen?“ Der Sozialreferent forderte auch für sie Förderung im Bildungsbereich und fragte sich, warum es schadet, jemandem, der irgendwann wieder in sein Heimatland zurückkehrt, hier eine fundierte Ausbildung zu bieten und ihm

oder ihr deutsche Sprachkenntnisse mitzugeben.

Sechstens: Prölß identifizierte eine Reihe von politischen Maßnahmen als integrationshemmend, wie die Verhinderung des Familiennachzugs oder die Verweigerung der Arbeits- und Ausbildungserlaubnis.

Siebents: Der Sozialreferent konstatierte zusammenfassend: Das investierte Geld könne ausreichen für eine gute Integrationspolitik, es fehlten lediglich eine bessere Koordinierung und eine stärkere zentrale Steuerungsfunktion, die in kommunaler Hand liegen müssten.

Uta Saumweber-Meyer gab im Anschluss einen Überblick über Maßnahmen und Programme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Kompetenzfeststellung und (Sprach-) Förderung von Neuzugewanderten. Sie betonte gleich zu Beginn ihres Vortrags, dass die Kapazitäten sukzessive aufgebaut wurden und werden. In vielen Dingen habe man schon gute Lösungen gefunden, um Neuzugewanderte entsprechend ihrer Belange zu fördern, aber dennoch müsse noch manches ausprobiert werden. Derzeit werde zum Beispiel der Einsatz (sozial-) pädagogischer Kursbegleitung in den Integrations-Spezialkursen (Eltern-, Frauen-, Jugend-, Förder-, Alphabetisierungs- und Zweitschriftlernerkurse sowie Kurse für Menschen mit Behinderungen) evaluiert, der seit November 2017 für den Zeitraum von einem Jahr erprobt werde.



Uta Saumweber-Meyer, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Hier werde der Lern- und Integrationserfolg durch soziale Beratung, Lernbeglei-

tung, Krisenintervention und Einzelfallhilfe unterstützt.

Manches muss erst ausprobiert und evaluiert werden.

Saumweber-Meyer ging zunächst auf zwei Programme ein, die gemeinsam von BAMF und Bundesagentur für Arbeit (BA) für die Zielgruppe der Neuzugewanderten entwickelt wurden und gemeinsam finanziert werden: KompAS (Kompetenzfeststellung, Aktivierung und frühzeitiger Spracherwerb) und KomBer (Kombination berufsbezogener Sprachförderung). Beide Programme sollen durch die Kombination aus Sprachkurs, sozialpädagogischer Unterstützung und gezielter Heranführung an den Arbeitsmarkt einen eher praktisch orientierten, berufsbezogenen Spracherwerb ermöglichen. KompAS ist dabei für



Moderator Thomas Rinklake

wichtigen Punkt bei der Stärkung von Kompetenzen nannte Saumweber-Meyer die Förderung von Digitalem Lernen und Medienkompetenz.

Wertschätzung und Anerkennung der persönlichen Fähigkeiten zentral



Anja Vandeven, Noris-Arbeit

Menschen ohne Sprachkenntnisse gedacht und beinhaltet einen Integrationskurs, KomBer, das im Januar 2018 startet, wendet sich gezielt an diejenigen, die bereits einen Integrationskurs besucht haben, ohne das Sprachniveau B1 zu erlangen.

In der vom Bundesamt finanzierten Migrationsberatung für Erwachsene finde zudem eine individuelle Sozial- und Kompetenzanalyse statt. Niedrigschwellige Angebote bietet das BAMF speziell für Frauen mit Einschränkung in ihrer Lebensgestaltung. Das Förderprogramm „House of Resources“ dagegen richte sich an „Migrantenvereine“ und interkulturell tätige Kulturschaffende. Als letzten

Anja Vandeven erläuterte Methoden und Instrumente, die in der Noris-Arbeit (NOA) zur Kompetenzfeststellung angewandt werden. Die Tochtergesellschaft der Stadt Nürnberg konzipiert und verantwortet Maßnahmen zur Minderung der Arbeitslosigkeit in Nürnberg. Vandeven betonte Wertschätzung und Anerkennung der persönlichen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen als maßgebliche Quellen für die Bereitschaft, selbst Verantwortung zu übernehmen. Sie berichtete, dass viele zugewanderte Menschen sich ihrer jenseits formaler Bildungsabschlüsse erworbener Stärken nicht bewusst sind. Die Kompetenzbilanzierung stelle daher ein zentrales Element in vielen Maßnahmen der NOA dar. Eine angeleitete Selbstreflexion non-formal und informell erworbener Kompetenzen werde mit dem ProfilPass erfasst. Daneben beobachten und dokumentieren Fachanleiterinnen und -anleiter strukturiert praktische Arbeiten. Mit der Potenzialanalyse „hamet 2“ würden handwerklich-motorische und soziale Fähigkeiten geprüft. Auch der Deutsch-Einstufungstest GER fließe in die Kompetenzmessung mit ein.

In der anschließend von Thomas Rinklake moderierten Diskussion wurde deutlich, dass insbesondere Rechtssicherheit, die Qualitätssicherung der Angebote sowie die Professionalität des Personals in den Maßnahmen und in der Beratung wichtige Voraussetzungen für eine gelingende Integration darstellen. ■

Forum 5

Perspektiven für Erwachsene: Nachholen von Schulabschlüssen als zweiter Bildungsweg

Einführung: Dr. Klemens Gsell, 3. Bürgermeister der Stadt Nürnberg, Geschäftsbereich Schule und Sport

Referentinnen: Siegrun Graff, Stadt Nürnberg, Leitung Veit-Stoß-Realschule und Abendrealschule

Hannelore Rühr, Stadt Nürnberg, Leitung Hermann-Kesten-Kolleg

Dr. Ursula Klimont, Stadt Nürnberg, Bildungszentrum im Bildungscampus

Neuzugewanderte als neue Zielgruppe des zweiten Bildungswegs

Fast jeder kennt jemanden, der einen höheren Schulabschluss im Erwachsenenalter nachgeholt hat und habe damit eine ungefähre Vorstellung vom zweiten Bildungsweg, so Klemens Gsell, Dritter Bürgermeister der Stadt Nürnberg, der das Forum eröffnete. Allerdings gebe es aktuell eine deutliche Veränderung: Der zweite Bildungsweg sei nun auch für Personen über 25 Jahren interessant geworden, die auf dem ersten Bildungsweg gescheitert oder erst spät zum Teil ohne jegliche Deutschkenntnisse zugewandert sind. Für jüngere berufsschulpflichtige Neuzugewanderte ohne oder mit sehr geringen Deutschkenntnissen gibt es Angebote wie die Berufsintegrationsklassen (BIK), in die junge Menschen abhängig von der Kapazität in den Klassen bis 25 Jahre aufgenommen werden und der erfolgreiche Abschluss der Mittelschule erworben werden kann. Aufnahmeverausratung für den zweiten Bildungsweg ist dagegen eine abgeschlossene (Berufs-)Schulpflicht. Jedoch: Von den im Jahr 2016 Zugezogenen seien etwa zwei Drittel älter als 25. Und da eine große Anzahl dieser Menschen eine langfristige Bleibeperspektive habe, müssten sie gut integriert und ihre Qualifikationen sprachlich und qualifikatorisch angepasst werden. Genau hier könne der zweite Bildungsweg ansetzen, erklärte der Nürnberger Schulbürgermeister.

In Nürnberg alle Angebote des zweiten Bildungswegs vorhanden

Gsell erläuterte, dass die schulischen Abschlüsse des Regelschulsystems auch auf dem zweiten Bildungsweg erlangt werden können. Vorbereitungskurse für alle drei Abschlüsse der Mittelschule (einfacher, qualifizierender und mittlerer



Dr. Klemens Gsell, 3. Bürgermeister, Geschäftsbereich Schule und Sport

Abschluss) bietet in Nürnberg – neben anderen privaten Anbietern – das städtische Bildungszentrum an. Die mittlere Reife kann auf dem zweiten Bildungsweg an der Abendrealschule, die Hochschulzugangsberechtigung an Kollegs oder Abendgymnasien erreicht werden.

Zwar gebe es die Möglichkeit der Vorbereitungskurse flächendeckend an Bayerns Volkshochschulen, die Schulen des zweiten Bildungswegs sind dagegen eher selten. Mit der städtischen Abendrealschule, dem städtischen Hermann-Kesten-Kolleg und dem privaten Abendgymnasium gibt

„Speziell für Geflüchtete haben wir am Hermann-Kesten-Kolleg einen besonderen Vorkurs mit einem hohen Stundenpensum im Fach Deutsch als Zweitsprache eingerichtet.“

es in der Stadt alle drei Angebote. Daher ist sein Resümee, dass Nürnberg im Bereich des zweiten Bildungswegs gut aufgestellt sei und alle Möglichkeiten biete.

Über das vollzeitschulische Kolleg in drei oder vier Jahren zum Abitur

Die Schulleiterin des Hermann-Kesten-Kollegs Hannelore Rühr berichtete, dass ihre Schule als städtisches Gymnasium des zweiten Bildungswegs in drei oder – mit Vorkurs – in vier Jahren zur Abiturprüfung führe. Der Vorkurs ist beispielsweise für Schülerinnen und Schüler ohne mittleren Schulabschluss verpflichtend.

Für Neuzugewanderte gibt es mittlerweile den sogenannten besonderen Vorkurs, der der Eingangsklasse vorgelagert ist. Er enthält unter anderem ein hohes Stundenpensum im Fach Deutsch als Zweitsprache. Vier zusätzliche Stunden des besonderen Vorkurses würden dank eines Stadtratsbeschlusses durch das Programm MSRG (Mehr Schulerfolg an Realschulen und Gymnasien) der Stadt Nürnberg ermöglicht. Bei Neuzugewanderten werde darüber hinaus stets geprüft, ob die Muttersprache als zweite Fremdsprache berücksichtigt werden könne. Im aktuellen Schuljahr besuchen Schülerinnen und Schüler aus 24 Ländern das Kolleg.

Internationale Klassen an der Abendrealschule als Reaktion auf gestiegene Zuwanderung

Die Schulleiterin Siegrun Graff berichtete von den Möglichkeiten an der städtischen Abendrealschule, die auf vier Jahre angelegt ist. Je nach Leistungsvermögen und Vorkenntnissen – auch aus anderen Bildungssystemen – könne die Dauer verkürzt werden. Da Erwachsene bis 45 Jahren die Abendrealschule besuchen können, böte sie besonders für zugewanderte Erwachsene eine gute Möglichkeit, einen Abschluss nachzuholen.



Siegrun Graff (li.), Abendrealschule, und Hannelore Rühr, Hermann-Kesten-Kolleg

An der Abendrealschule lernen gut 200 Schülerinnen und Schüler, zwei Drittel sind männlich, die meisten zwischen 20 und 24 Jahre alt. Knapp zwei Drittel haben einen Migrationshintergrund und auch die Muttersprache eines Viertels der Lehrerschaft ist nicht deutsch. Durch den Anstieg der Zuwanderung vor etwa drei Jahren wurde eine internationale Klasse

„Wir führen Wartelisten für die internationalen Klassen an der Abendrealschule.“

für die erste Jahrgangsstufe eingeführt, in der Deutsch als Zweitsprache gelehrt wird. Momentan gibt es zwei dieser Klassen mit jeweils 30 Schülerinnen und Schülern. Der Bedarf würde dadurch aber nicht gedeckt. Vor allem habe es eine Zunahme an äthiopischen Interessentinnen und Interessenten gegeben.

Nachholen von Mittelschulabschlüssen an öffentlichen Schulen nicht vorgesehen

Die ursprüngliche Idee des zweiten Bildungswegs im staatlichen Schulsystem war, ein Angebot zum Nachholen höherer Schulabschlüsse zu schaffen. Die Lücke zum Nachholen von Mittelschulabschlüssen schließt das städtische Bildungszentrum mit dem Programm Zweite Chance / Schulabschlüsse, bei dem es um die Vorbereitung auf Externenprüfungen dieser Abschlüsse geht. Verantwortlich für den Bereich ist Ursula Klimont, die bei der Konzeption der Kurse eine Abweichung von dem Vorgehen in den Regelschulen empfiehlt, da diese meist mit negativen

Erfahrungen erfolglos verlassen wurden. Insgesamt gibt es momentan 334 Teilnehmende (mehr als zwei Drittel männlich), die meisten sind zwischen 18 und 21 Jahre alt. Immer mehr Kursteilnehmende sind im Ausland geboren, hauptsächlich in Syrien, Irak, Äthiopien, Afghanistan und Griechenland. Sowohl Henriette Bauer von der GEW Nürnberg als auch Georg Altmann vom Geschäftsbereich Schule der Stadt Nürnberg lobten das Engagement des Bildungszentrums, bemängelten aber, dass eigentlich an öffentlichen Schulen für die Schulabschlüsse



Dr. Ursula Klimont, Bildungszentrum

se zu sorgen sei und hier schlichtweg ein staatliches Angebot für junge Erwachsene bis 25 Jahre fehle.

Funktionierende Zugangswege, aber fehlende sozial-pädagogische Betreuung

In der sich anschließenden Diskussion ging es zunächst um die vielfältigen Zugangswege zu den Schulen des zweiten Bildungswegs. Beispielsweise gebe es Kooperationen zwischen den Schulen des ersten und des zweiten Bildungswegs, städtische E-Mail-Verteiler würden zum

Informationsaustausch genutzt und es werde mit vielen Arbeitskreisen und Gremien, wie zum Beispiel dem Integrationsrat, aktiv zusammengearbeitet. Überdies stelle die Datenbank des städtischen Bildungsbüros ein wichtiges Instrumentarium dar, um Zugänge zu schaffen. Gsell sprach sich darüber hinaus für die Einrichtung einer Jugendberufsagentur aus, da zum Beispiel das Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit an dieser Stelle allein nicht ausreichend sei.

Als erkennbare Lücke im Angebot des zweiten Bildungswegs wurde von Rühr die fehlende sozialpädagogische Betreuung an den Gymnasien identifiziert; auch Graff betonte die Wichtigkeit der „Lebensbegleitung“ der Schülerinnen und Schüler, die durch ihr Alter aus vielen sozialpädagogischen Beratungsstrukturen herausfielen. ■

Weiterführende Informationen zum zweiten Bildungsweg in Nürnberg:
www.nuernberg.de/internet/schulen_in_nuernberg/zweiter_bildungsweg.html

Datenbank zu allen Bildungsangeboten für Neuzugewanderte:
<http://integrationdurchbildung.nuernberg.de>

Neue Perspektiven für die Gymnasien in Bayern

Bildungsbeirat befasste sich mit der Reform des bayerischen Gymnasiums und den Folgen in Nürnberg



Die staatliche Schulpolitik hat umfangreiche Auswirkungen auf die kommunale Planung: Martin Rohde, Dr. Ulrich Maly und Dr. Klemens Gsell arbeiten zusammen.

In seiner fünfzehnten Sitzung befasste sich der Nürnberger Bildungsrat am 17. Oktober 2017 mit den geplanten Veränderungen in Bayerns Gymnasien und rückte damit eine einzige Schulart in den Fokus der Debatte. Die vielen Nachfragen im Beirat auf die beiden Kurvvorträge von Martin Rohde, dem neuen Ministerialbeauftragten für Gymnasien in Mittelfranken und Nürnbergs Schulbürgermeister Klemens Gsell dokumentierten ein breites Interesse aller Bildungsbereiche an den aktuellen Reformen in Bayern.

Zu Beginn der Sitzung benannte Andrea Franke, Schulleiterin des gastgebenden, städtischen Labenwolf-Gymnasiums in ihrer kurzen Begrüßung bereits die derzeit stattfindenden Lehrplanänderungen bevor Oberbürgermeister Ulrich Maly inhaltlich einführte. Anlass für die Wahl des Themas Gymnasium, so Maly, sei in keiner Weise das Bestreben gewesen, eine „Schultypen-Diskussion“ zu führen. Denn im Gegensatz zur deutlich und breit geführten Debatte über die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums, sei eine Diskussion über das dreigliedrige Schulsystem in Bayern in den letzten Jahren kaum geführt worden. Trotzdem sind laut Maly zahlreiche inhaltlich-pädagogische Fragestellungen offen, wie zum Beispiel „wie viel Lernzeit und wie viel Freiraum wir den Kindern zur Verfügung stellen wollen“, oder welche „echten

neuen Möglichkeiten“ das künftige G9 in Bezug auf die Berufsorientierung der Kinder biete und inwiefern Lernprozesse zum Umgang mit der digitalen Welt auch eine „digitale Spaltung“ der Gesellschaft verhindern können.

Ministerialbeauftragter Martin Rohde zu den wichtigsten Neuerungen der Gymnasialreform

Der für die Gymnasien in Mittelfranken zuständige Ministerialbeauftragte Rohde stellte gleich zu Beginn seiner Ausführungen fest, dass die Entscheidung für die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums in Bayern alleine schon deshalb zu begrüßen sei, weil nun ungeachtet des politischen Tauziehens wieder inhaltlich über pädagogische Aspekte der Schulart gesprochen werden könne. Die „Probleme des Gymnasiums“, so Rohde, würden zwar durch das G9 nicht gelöst, aber der Leistungsdruck im G8, nicht nur wegen des vermehrten Nachmittagsunterrichts, sei doch sehr groß gewesen. Mit dem zusätzlich gewonnenen

Lernjahr der elften Jahrgangsstufe solle zukünftig nicht nur der Lehrplan entzerrt werden, sondern der Zugewinn von insgesamt 19 Wochenstunden werde auch inhaltlich fast jedem Unterrichtsfach zu Gute kommen. Vorbehaltlich der Verabsiedlung des sich gegenwärtig in der Lesung bestehenden Gesetzes durch den Bayerischen Landtag nannte Rohde einige zentrale Veränderungen, die sich im Zuge der Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums in Bayern ergeben werden: So

wird es in der Unterstufe keinen Nachmittagsunterricht geben und in der Oberstufe bei den Schülerinnen und Schülern wieder zu fachlichen Schwerpunktbildungen kommen – ohne freilich zum früheren Kurssystem zurückzukehren. Zudem soll die Berufsorientierung am Gymnasium intensiviert und hier eine Konzentration auf die 9. (Betriebspraktikum) und die 11. Jahrgangsstufe (Praxis-Seminar) gelegt werden. Die Einführung entsprechender Funktionsstellen im Lehrkörper an Gymnasien soll sicherstellen, dass der Berufsorientierung an allen Schulen ein gleichbleibend hoher Stellenwert einge-



Die Bildungsbeiräte tagten im Anbau des städtischen Labenwolf-Gymnasiums.

räumt wird. Gleichzeitig soll es an den Gymnasien in Bayern eine „Überholspur“ geben, indem durch Überspringen der 11. Jahrgangsstufe die Gymnasialzeit

weiter in acht Jahren absolviert werden können.

Rückfragen zur Stärkung der Berufsorientierung

Die Rückfragen von Beiratsmitgliedern bezogen sich zunächst auf den Ausbau der Berufsorientierung. Ministerialbeauftragter Rohde erklärte dazu, dass der sogenannte „Berufskoordinator“ an Gymnasien bereits im Funktionenkatalog aufgenommen sei und die entsprechenden Personen umfassend geschult würden. In der 9. Jahrgangsstufe solle es zukünftig um Berufsmöglichkeiten mit dem mittleren Abschluss gehen, in der 11. Jahrgangsstufe um hochqualifizierte Berufe und das Hochschulstudium. Eine Kooperation mit den beruflichen Schulen und den Kammern sei selbstverständlich gewünscht.

Abschließend wies Rohde darauf hin, dass der Schülerzuwachs durch das zusätzliche Jahr erst im Schuljahr 2025/26 wirksam werde und bis dahin in Bayern sukzessive 1000 neue Planstellen geschaffen würden.

Eckpunkte der aktuellen Schulentwicklungsplanung

Den Blick auf Nürnberg lenkte der Dritte Bürgermeister Gsell, verantwortlich für den Geschäftsbereich Schule und Sport der Stadt Nürnberg in seinem anschließenden Vortrag. Als Sachaufwandsträger ist die Kommune nicht nur für den Betrieb aller Gymnasien in öffentlicher Hand verantwortlich, ähnlich wie einige andere bayerische Städte (zum Beispiel München) betreibt die Stadt Nürnberg auch vier eigene, städtische Gymnasien. In seinem Beitrag befasste sich Gsell mit der Schulentwicklungsplanung in Nürnberg, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten von einem erhöhten Raumbedarf auszugehen hat. Die geplante Umstellung auf ein neunjähriges Gymnasium, vor allem aber das für die Stadt Nürnberg prognostizierte Bevölkerungswachstum sind hierfür verantwortlich. Auch inhaltliche Weichenstellungen des Freistaats, wie beispielsweise die Förderung mathematisch-technischer Fächer (MINT-Förderung), die den Ausbau entsprechender Fachräume voraussetzt, beeinflussen, so Gsell, die kommunale Schulraumplanung und -bewirtschaftung.

Konkret stellte Gsell anhand entsprechender Hochrechnungen für die Jahre 2023/24 und 2025/26, für die ein zusätzlicher Bedarf durch die Umstellung auf das G9 prognostiziert wird, die Notwendigkeit zweier neuer Gymnasien in Nürnberg in den Raum. So basiert ein so bezeichnetes Wachstumsgymnasium auf dem Bevölkerungszuwachs der nächsten Jahre, während eine weitere Schule („Konnexitätsgymnasium“) im Zuge des G9 errichtet wird und hierfür der Freistaat Bayern die Investitionskosten übernehmen wird. Gleichzeitig arbeitet die Stadt Nürnberg an der Erhöhung räumlicher Kapazitäten durch Erweiterungen (Neues Gymnasium) oder Neuerrichtung (Martin-Behaim-Gymnasium) bestehender Gymnasien.

Abschließend wies Schulbürgermeister Gsell darauf hin, dass für die Kommunen durch die G9-Einführung weitere organisatorische Handlungsnotwendigkeiten entstehen: So muss beim Wegfall des Nachmittagsunterrichts das Angebot des offenen Ganztags ausgeweitet werden. Aber auch pädagogische Aspekte der G9-Umstellung seien zu berücksichtigen, wie beispielsweise die Ausrichtung der aktuell sich in Planung befindlichen Digitalisierungsstrategie auf neue Lehrplaninhalte.

Schulbau und Inklusion

Rückfragen und Diskussionsbeiträge aus dem Beirat bezogen sich unter anderem auf den entfallenden Nachmittagsunterricht, auf die Auswirkungen des G9, auf die gebundene Ganztagschule und auf das Thema Inklusion. Schulbürgermeister Gsell antwortete, dass insbesondere bei der Neubauplanung von ganztägiger Anwesenheit der Schülerinnen und Schüler ausgegangen werde, während Ministerialbeauftragter Rohde das wichtige Thema der Inklusion bei den Gymnasien vor allem in den Bereichen Schulbau und Schulausstattung lokalisiert sah. Eine Sichtweise, die auch der Vertreter des Behindertenrats Herbert Bischoff einforderte: Oft werde bei Millionenprojekten an Kleinigkeiten gespart, so Bischoff, die für Betroffene extrem wichtig seien. Schulbürgermeister Klemens Gsell verwies hier auf das Dilemma, dass Vorschriften im Bereich der Arbeitssicherheit und des Brandschutzes oft widersprüchlich seien zu den Anforderungen eines barrierefreien Zugangs und Oberbürgermeister Maly benannte die Verpflichtung der Kommune, bei der



Schulexperten im Gespräch (v.l.n.r.): Sandra Schäfer, Andrea Franke, Wilfried Büttner, Martin Robde



Elke Leo forderte die Verstärkung des gebundenen Ganztags auch an Gymnasien.



Inklusive Maßnahmen nutzen allen, weiß Herbert Bischoff vom Behindertenrat.



Gertrud Oswald und Claudius Günther



Schulleiterin Andrea Franke schuf den passenden Rahmen für die Beiratssitzung.

Bauplanung den Behindertenrat und einschlägige Verbände einzubeziehen. Zum Abschluss des Tagesordnungspunkts bemerkte Oberbürgermeister Maly, dass die Beiratsdiskussion zur Reform des Gymnasiums in Bayern einen guten Eindruck davon vermittelte, welch vielfältige Konsequenzen ein bildungspolitischer Beschluss des Freistaats Bayern für eine Kommune wie Nürnberg nach sich ziehe und brachte gleichzeitig seinen Wunsch zum Ausdruck, die Diskussion über organisatorisch-technische und pädagogisch-didaktische Aspekte der Gymnasialreform, intensiv weiterzuführen.

Kommunale Koordinierung von Bildung für Neuzugewanderte in Nürnberg



Thomas Kießlich vom Bildungsbüro stellte die digitalen Angebote vor.

Ein abschließender, kompakt gehaltener Punkt der Tagesordnung bestand in der

Information des Beirats über das in Nürnberg durchgeführte Förderprogramm des Bundes „Kommunale Koordinierung von Bildungsangeboten für Neuzugewanderte“. Die finanzielle Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ermöglicht der Stadt Nürnberg die Netzwerk-, Koordinations- und Informationsarbeit von drei kommunalen Koordinatorinnen und Koordinatoren über einen Zeitraum von vier Jahren bis Herbst 2020. Eine Internet-Datenbank „Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ für Multiplikatoren und die „Integreat-App“ für die Zielgruppe der Neuzugewanderten zählen zu den ersten Projektergebnissen in Nürnberg. ■

Vierter kommunaler Bildungsbericht „Bildung in Nürnberg 2017“

Bildungsbüro schreibt die Darstellung des lebenslangen Lernens in Nürnberg fort

Am 13. Dezember stellte Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly dem Stadtrat den Bericht „Bildung in Nürnberg 2017“ vor. Zum inzwischen vierten Mal gibt der Nürnberger Bildungsbericht einen datengestützten Überblick über die vielfältigen Bildungswege und -angebote, die die Stadt entlang des gesamten Lebenslaufs zu bieten hat. Er ermöglicht eine kritische Reflexion des Bildungssystems, wie es sich spezifisch in Nürnberg darstellt, und bietet in neun Fachkapiteln differenzierte Analysen und Handlungsempfehlungen.



Auf knapp 340 Seiten zeichnet der Bericht ein umfassendes Bild der Nürnberger Bildungslandschaft. Er enthält neben Rahmenbedingungen und Grundinformationen die aktualisierten Kapitel „Frühkindliche Bildung“, „Allgemeinbildende Schulen“, „Berufliche Bildung“, „Hochschulen“, „Berufsbezogene Weiterbildung“ und „Non-formale Bildung“. Zudem widmet sich ein themenspezifisches Fokuskapitel bereits zum zweiten Mal der aktuellen Zuwanderung.

Wie im Bund und in den Ländern hat sich die regelmäßige Bildungsberichterstattung in Nürnberg inzwischen fest etabliert und ermöglicht eine kritische Bestandsaufnahme quer über die verschiedenen Bildungsbereiche und über die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten hinweg, die Institutionen und Regelungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ebenso umfassen wie privatwirtschaftlich oder zivilgesellschaftlich organisierte Träger von Bildungsangeboten. Die Fortschreibung der Daten ermöglicht die Früherkennung von bildungspolitisch relevanten Entwicklungen wie beispielsweise derzeit den Anstieg der Geburtenzahlen, die Verschiebung zwischen schulischen und beruflichen Abschlussarten oder den Zuwachs an Studierenden in Nürnberg.

Durch die Weiterentwicklung von Indikatoren können bildungspolitische Diskurse versachlicht werden, zum Beispiel wenn es um die Bildungsabschlüsse der nach Nürnberg geflüchteten Personen geht. Der in ressortübergreifender Zusammenarbeit erstellte Bericht soll als Arbeitsgrundlage dienen, um die Kooperation

zwischen den verschiedenen Bildungsberichen und -institutionen weiter zu verbessern.

Der Bildungsbericht 2017 kann über das Bildungsbüro kostenlos bezogen oder unter www.bildungsbuero.nuernberg.de digital abgerufen werden. Der Bericht, der für alle Bildungsbereiche Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen formuliert, ist als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage konzipiert. Das Team des Bildungsbüros steht interessierten Organisationen, Verbänden und Bildungseinrichtungen sowie Vertreterinnen und Vertretern der Medien daher zur vertieften Vorstellung und Diskussion einzelner Bereiche und Fragestellungen gern zur Verfügung. ■

Team Bildungsbüro

Dr. Martin Bauer-Stiasny (Koordination),
Serpil Dursun, Marc Hümpfner, Thomas Kießlich,
Dr. Andrea Knecht, Claudia Lehnerer, Andrea Müller, Elisabeth Ries (Leitung), Martina Schuster, Martina Seel, Wiebke Winter, Derya Yıldırım

Impressum

Stadt Nürnberg
Bürgermeisteramt / Bildungsbüro
Unschlittplatz 7a, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 1 45 65
Fax: 09 11 / 2 31 1 41 17
bildungsbuero@stadt.nuernberg.de
www.bildungsbuero.nuernberg.de
Fotos: Rudi Ott / Stadt Nürnberg – Bildungsbüro
Grafik: Maja Fischer
Verantwortlich für den Inhalt: Elisabeth Ries
Druck: City Druck Tischner & Hoppe GmbH
Eberhardshofstraße 17, 90429 Nürnberg